Dwora Stein

BEGRÜSSUNG UND EINLEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KollegInnen!

Ich eröffne diese Tagung sehr gerne, weil es dabei um zwei wichtige Themen geht. Wir werden uns im Rahmen dieser Tagung wissenschaftlich mit den Themen Neoliberalismus und Globalisierung auseinandersetzen, mit zwei Konzepten die in den letzten Jahren die Politik weltweit, nicht nur dominiert, sondern tatsächlich bestimmt haben.

Für viele ArbeitnehmerInnen sind diese beiden Begriffe mit Angst besetzt: der Angst vor Erwerbslosigkeit, Armut, dem Verlust an Sicherheit sowie dem Abbau von Sozialstandards – und das in einer Gesellschaft, die insgesamt immer reicher wird. Aber nur relativ wenige Akteure profitieren von diesem Reichtum, die ArbeitnehmerInnen offensichtlich nicht.

Es gibt unzählige Beispiele der Ungleichverteilung von Reichtum und wirtschaftlichen Zuwächsen. Die Deutsche Bank ist ein besonders gutes. Im Februar 2005 hat sie verkündet, weltweit insgesamt 6.400 Arbeitsplätze abbauen zu wollen, davon allein 1.920 in Deutschland. Und das nicht etwa weil – wie man glauben könnte – die Deutsche Bank in einer Krise steckt, sondern ganz im Gegenteil: im Jahr 2004 hat sie Gewinne in der Höhe von 2,55 Milliarden Euro erzielt.[1]

Und auch sonst braucht die Deutsche Bank einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen: sie belegt nach eigenen Angaben beim Investmentbanking weltweit den dritten Platz, bei der Vermögensverwaltung immerhin den fünften Platz.

Nur bei den Renditen „hapere“ es noch ein wenig, meint der Chef der Deutschen Bank. Die Rendite konnte zwar zwischen 2003 und 2004 von 10% auf 17% gesteigert werden. Aber für das Jahr 2005 reiche das noch lange nicht, denn die Zielvorgabe laute 25% – das wären 6 Milliarden Euro vor Steuern.

Worum es also geht, ist Renditenmaximierung! Und „Renditenmaximierung“ ist auch tatsächlich eine der am häufigsten verwendeten Begründungen für Massenkündigungen in prosperierenden Konzernen.

Der Chef der Deutschen Bank selbst zählt nicht zu den „Verlierern“, den Leidtragenden dieser Entwicklung: Er hat im Jahr 2003 ein Einkommen von 11 Millionen Euro verdient, oder vielmehr, bekommen. Ob er sich dieses Einkommen wirklich **verdient** hat, ist eine andere Frage!

---

[1] Siehe dazu Medienberichte, u. a.: Deutsche Bank: Sechs Milliarden Gewinn, http://boerse.ard.de/druck.jsp?key=dokument_79411, Meldung vom 3. 2. 2005; Deutsche Bank: Angst essen Moral auf, http://boerse.ard.de/druck.jsp?key=dokument_80085, Meldung vom 4. 2. 2005; Deutsche Bank in der Kritik: „Marktzwänge sind keine Naturzwänge“, http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4032130_REF4,00.html, download vom 12. 5. 2005.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 6–11

Aber das ist der neoliberale Alltag: die „Deutsche Bank“ bezeichnet sich selbst als ein „sozial verantwortlich agierendes“ Unternehmen; die Deutsche Bank steht bei vielen Rankings der Corporate Social Responsibility ganz weit oben.[2]

Und Österreich? Die Ausgangslage ist auch hier nicht viel besser, wenngleich vielleicht nicht ganz so drastisch wie in Deutschland. Aber auch in Österreich sind wir mit bemerkenswerten Fakten konfrontiert: Laut einer jüngsten Untersuchung der Arbeiterkammer Kärnten verdienen Manager in Österreich vom 5- bis zum 48-fachen ihrer MitarbeiterInnen.[3]

Herausragend ist dabei auch in Österreich die Bankenwelt: Im Jahr 2004 hat der Chef der Erste Bank dank eines Treuebonus von 2 Millionen Euro ein Einkommen von 4,5 Millionen Euro erzielt.[4] Hingegen lag das Median-Bruttoerwerbseinkommen unselbstständig beschäftigter Männer in Österreich im Jahr 2003 bei rund 26.500 Euro. Das Median-Bruttoerwerbseinkommen unselbstständig beschäftigter Frauen betrug sogar nur rund 16.000 Euro.[5] Um sich die Relationen genauer zu vergegenwärtigen: ein Mann mit einem mittleren Einkommen müsste rund 170 Jahre (!) für das Jahresgehalt 2004 des Erste-Bank-Chefs arbeiten, eine Frau mit einem mittleren Einkommen sogar 281 (!) Jahre. Das sind Perspektiven!

Aber das sind nur einige Schlaglichter auf veränderte Standards in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Arbeitswelt. Den Rahmen dafür bilden Phänomene, die in aller Munde sind: Globalisierung und Neoliberalismus. Worum geht’s dabei?

Auf politischer Ebene geht es dabei um eine Abschlankung staatlicher Aufgaben. Es geht um die Verlagerung von Rahmensetzungsfunktionen und die Vergrößerung der Handlungsspielräume für wirtschaftliche Akteure. Es geht um die Erhöhung der so genannten Eigenverantwortung im Bereich der sozialen Versorgung. Es geht um das Werben für einen „neuen Sozialstaat“, der nur noch jenen zugute kommen soll, die ihn „wirklich“ brauchen. Offen bleibt dabei nicht nur, wer die „wirklich“ Bedürftigen sind, sondern auch, wer die Macht zur Definition dieser Gruppe hat. Es geht zudem auch um das Deutungsmonopol betreffend die globalisierungsbedingten Konsequenzen sowie deren Umsetzung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Auf wirtschaftlicher Ebene geht es um internationale Vernetzungen sowie um die Frage, wie diese noch stärker forciert werden können. Es geht um den größtmöglichen Spielraum für Finanztransfers sowie um immer höhere Dividenden, zu Lasten von Arbeitsplätzen. Es geht um das Spannungsverhältnis zwischen ungeheuerlichen Managergehältern und Massenkündigungen; zwischen explosionsartig steigenden Gewinnen und dem Druck auf Belegschaften; zwischen enormen Profiten und menschenverachtenden, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der so genannten Dritten Welt und im so genannten Osten.

---

[2] Für Arbeiterkammer und Gewerkschaften ist dies nur ein weiterer Anlass für eine intensive Beschäftigung mit Theorie und Praxis der Corporate Social Responsibility.
[3] Vgl. dazu: http://kaernten.arbeiterkammer.at/www-1006-IP-21710.html; download vom 10. 5. 2005.
[4] Vgl. dazu: Astronomische Managergehälter, Kärntner Tageszeitung vom 10. 5. 2005.
[5] Vgl. dazu: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2005, S. 215; http://www.statistik.at.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 6–11

Der Druck der Globalisierung hat, verstärkt durch eine neoliberal orientierte Politik, in vielen europäischen Ländern merkbare Spuren hinterlassen. Die hohe Erwerbsarbeitslosigkeit wirkt eindeutig als Hebel für die Senkung von Löhnen, die Veränderung der Arbeitzeiten und die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Es wird ein allgemeiner Sozialabbau vorangetrieben, der mittlerweile vor nichts mehr halt macht und u. a. auch massive Disziplinierungskomponenten einführt. Die Hartz-Reformen in Deutschland sind das beste Beispiel dafür. Die entsprechende Antwort der WählerInnen auf diese Politik ist in Deutschland nicht ausgeblieben. Denn allein das Räsonieren über die „Heuschreckenschwärme" ist zu wenig, solange dies nicht auch seinen Niederschlag im konkreten Handeln findet. Davon ist im Moment in Deutschland aber nicht viel zu sehen – und zwar bei keiner der wahlwerbenden Parteien. Um es sprichwörtlich auf den Punkt zu bringen: es bleibt nur die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Der Druck ist aber auch in der österreichischen Politik sehr deutlich spürbar. Und zwar sowohl auf Ebene der politischen Prioritätensetzungen als auch auf Ebene der tatsächlich realisierten Politik. Diese, sich global, europaweit und in Österreich abzeichnenden Veränderungen, werden von einem kleinen Teil der Gesellschaft enthusiastisch begrüßt. Wen wundert's? Der Reichtum ist nie schneller gewachsen als heute. Von diesem wachsenden Reichtum profitieren aber nur wenige.

Ein anderer, weit größerer Teil der Gesellschaft nimmt diese Veränderung zur Kenntnis: zähneknirschend und/oder resignativ. Tatsächlich macht sich ein Gefühl der Ohnmacht breit – und darin liegt wohl die größte Herausforderung für die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen. Es geht darum, Handlungsalternativen aufzuzeigen. Die gibt es durchwegs, denn die Globalisierung ist kein Naturgesetz. Sie ist vielmehr ein ideologisch überladener und in hohem Maße instrumentalisierter Begriff, der die Realität der ökonomischen Internationalisierung begrifflich kaum fassen kann. Dies kann sehr gut am Beispiel Europas gezeigt werden: 90% des Austauschs von Waren und Dienstleistungen erfolgt innerhalb der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang kann von Globalisierung nur in sehr begrenztem Ausmaß die Rede sein.

Die Europäische Union hätte sehr wohl Gestaltungsinstrumente, die zum einen auf den Schutz ihres Wirtschaftsraumes abzielten. Zum anderen könnte die EU selbst Mindeststandards für die einzelnen Politikbereiche definieren, anstatt sich auf eine – wie auch immer ausgestaltete – Globalisierung auszureden.

Nur geschieht in der EU zur Zeit das genaue Gegenteil. Die EU steht zwar vor den Scherben ihrer eigenen Politik, zieht aber, so fürchte ich, die falschen Schlussfolgerungen: die Globalisierung wird als ein irreversibler und fast naturbedingter Prozess dargestellt, dem man sich nur fügen könne. Insofern, so die Apologeten der Globalisierung, sei Kritik an der Globalisierung ebenso sinnlos wie Ärger über das Wetter. Nur: bei Schlechtwetter besteht immerhin die Hoffnung auf Besserung. Im Falle der Globalisierung wird jedoch deren politische Gestaltbarkeit grundsätzlich in Abrede gestellt. Es gilt, dem etwas entgegen zu setzen!

Der Begriff „Globalisierung" unterstellt ein Phänomen, dem man sich nur unterwerfen kann, dem man ausgesetzt ist und das außerhalb jeglicher Steuerungsmöglichkeiten durch Politik liegt. Auch dieser Diskurs „geschieht" keineswegs von ungefähr, sondern ist beabsichtigt und zielgerichtet.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 6–11

Letzten Endes ist „Globalisierung“ ein Begriff, der mehr verwischt als klärt; und er wird instrumentalisiert.

Realiter sind die Finanzmärkte die bisher einzigen tatsächlich globalisierten Märkte. Deren Rahmenbedingungen haben sich aufgrund von Liberalisierung und Deregulierung sowie durch das Abgehen von Kapitalverkehrsbeschränkungen und den Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien grundlegend verändert. Die Veränderungen dieser Rahmenbedingungen waren bewusst gesteuerte Prozesse, keine Naturgesetze! Mittels dieser Rahmenbedingungen wird die Durchführung von Finanztransfers innerhalb kürzester Zeit und zu sehr geringen Kosten ermöglicht. Resultat der entfesselten Finanzmärkte sind beträchtliche Krisenpotenziale: Die Kosten der Finanzkrisen der letzten Jahre trägt jedoch nicht das Finanzkapital, sondern sie gehen zu Lasten der lokalen Bevölkerung – und zwar weniger der Eliten, als vielmehr der ArbeitnehmerInnen.

Dass auch die Geschlechter von der Globalisierung sehr unterschiedlich betroffen sind kann mit einigen Zahlen eindrücklich belegt werden. Derzeit ist die Anhäufung von Finanzvermögen auf die reichen Staaten, und hier insbesondere Männer, konzentriert: Derzeit beziehen Frauen weltweit lediglich 10% der Einkommen und besitzen nur 1% des globalen Vermögens. Sie verrichten gleichzeitig jedoch über 70% der unbezahlten Arbeit. Im Rahmen einer neoliberal gesteuerten Globalisierung wird sich an dieser Schieflage nichts ändern.

Die Antworten der Politik auf die Globalisierung müssten aber nicht zwangsläufig neoliberale Konzepte sein. Es gibt durchwegs denk- und realisierbare Alternativen.

An vorderster Stelle steht dabei die Reduzierung der Erwerbslosigkeit – an Instrumenten dafür mangelt es keineswegs. Dass diese gerade nicht eingesetzt werden, wird häufig mit der Globalisierung begründet, der man sich nicht entziehen könne. Solche Instrumente sind u. a. erhöhte öffentliche Investitionen, die Forcierung öffentlicher Beschäftigung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Auch eine Reduzierung der Arbeitszeit, im öffentlichen wie auch im privaten Sektor, muss offensiv diskutiert und umgesetzt werden.

Mittels einer quantitativen wie auch qualitativen Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und der Dienstleistungen könnten nicht nur Arbeitsplätze geschaffen, sondern kann auch ein Beitrag zur Überwindung gesellschaftlicher Polarisierung und Barrieren geleistet werden.

Neu zu überdenken ist zudem die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme für die beispielsweise alle Einkommensarten herangezogen werden müssten – inklusive Gewinnen, Mieten, Kapital und Vermögenseinkommen. Dazu gehört auch die Einführung einer materiellen Grundsicherung – wie immer diese im Konkreten auch ausgestaltet sein mag.

Ein weiterer Bereich ist eine gerechtere Verteilung der Steuerlast. Hier ist der Handlungsbedarf gerade in Österreich besonders hoch, da die viel gepriesene „Steuerreform“ ja gerade keine Entlastung der ArbeitnehmerInnen gebracht hat.

Im Rahmen der – von der EU forcierten – Deregulierung im Dienstleistungsbereich bedarf es dringend der Einführung EU-weiter Mindeststandards, beispielsweise im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen, den Verbraucherschutz und die ökologische Verträglichkeit. Gleichzeitig

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 6–11

müssen zentrale öffentliche Güter – vom Gesundheitswesen über das Bildungssystem, Kultur und Wissenschaft, bis hin zur Wasserversorgung – von der Privatisierung ausgeschlossen werden.

Es gibt eine Reihe von ermutigenden Ansätzen für eine sozial gestaltete Globalisierung. Dass Menschen der Globalisierung nicht hilflos ausgeliefert sind, sondern dass dies politisch steuerbare Prozesse sind, hat eine Vielzahl von Demonstrationen und Alternativveranstaltungen zu diversen internationalen Gipfeltreffen (sei es der G-8, des Internationalen Währungsfonds, des Weltwirtschaftsforums etc.) eindrücklich vor Augen geführt. Sie haben u. a. gezeigt, von wem globale Prozesse initiiert und beeinflusst werden, wer ihre Akteure sind und welche (Macht)Interessen diese verfolgen. Es geht heute darum, das Bewusstsein darüber zu verstärken. So hat etwa die Entstehung des Weltsozialforums auch die Agenda des Weltwirtschaftsforums verändert – seither muss auch hier über Armut, Armutsvermeidung und die Schattenseiten der Globalisierung diskutiert werden.

Dies allein reicht freilich noch nicht aus. Dass eine soziale Gestaltung der Globalisierung gerade vom Weltwirtschaftsforum ausgehen könnte, ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil: es gilt wachsam zu bleiben gegenüber Versuchen einer Vereinnahmung und Instrumentalisierung des Widerstands.

Erfolge alternativer Politik gibt es aber auch auf anderen Ebenen, so etwa das Investitionsschutzabkommen des Jahres 1997 oder die Stop-GATS-Kampagne. Ein Erfolg ist auch, dass die Dienstleistungsrichtlinie vorläufig nicht in der, von der EU-Kommission konzipierten, radikalen Form umgesetzt werden wird.

Diese Erfolge zeigen, dass Widerstand lohnt. Sie bedeuten jedoch keineswegs, dass man sich beruhigt zurücklehnen kann!

Denn ein Muster der EU-Politik zeichnet sich deutlich ab: ein Thema wird auf die Tagesordnung gesetzt und – wenn es entsprechenden Widerstand gibt – wieder abgesetzt, allerdings nur kurzfristig. Das Thema kommt wieder auf die Agenda wenn es Anzeichen einer Erlahmung des Widerstands gibt, u. U. sogar in noch radikalerer Form. Dies war bei der Liberalisierung der Dienstleistungen so und könnte auch im Hinblick auf die Dienstleistungsrichtlinie so sein; es gilt also, wachsam zu bleiben.

Die heutige Tagung steht im Zeichen einer kritischen Auseinandersetzung mit Neoliberalismus und Globalisierung. Dabei wird es u. a. um folgende Fragestellungen gehen: Was sind die dem Neoliberalismus zugrunde liegenden Konzeptionen und Strategien? Sind Frauen die Verliererinnen der Globalisierung? Welche, oft unterschiedlichen und gegenläufigen, Auswirkungen hat die Globalisierung auf Frauen und Männer? Gibt es sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten? Wenn ja, welche?

Angesichts einer Realität, in der immer mehr Entscheidungen die die gesamte Gesellschaft betreffen, auf anonymisierten Finanzmärkten getroffen werden, wird es nicht zuletzt auch um die wichtige Frage gehen, wie demokratische Teilhabe gesichert werden kann.

Angesichts des vorläufigen Scheiterns der Bestrebungen nach einer Europäischen Verfassung

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 6–11

muss festgestellt werden, dass Europa zwar nicht am Ende ist, jedoch vor dem Scherbenhaufen einer Politik steht, die sich immer mehr von den Menschen entfernt hat und die Ängste und Sorgen der Bevölkerung nicht nur nicht ernst genommen hat, sondern sogar zusätzliche Unsicherheiten geschürt hat. Die Europäische Politik bedarf alternativer Konzepte.

In diesem Sinne sollen mit der Tagung intellektuelle Räume eröffnet werden, in denen Alternativen zum derzeitigen wirtschafts- und sozialpolitischen Mainstream angedacht werden können.

Als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen wird es auch unsere Aufgabe sein, dafür Sorge zu tragen, dass diese Alternativen ihren Niederschlag in der konkreten Politik finden.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 6–11